

Solidarität

unsere Chance

Nummer 126

Dezember 2015

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Standortsicherung?



INSOLVENZ



geschlossen



Zielpunkt

3.000 Kündigungen



1.000 Kündigungen – 80 Filialschließungen
auf Geheiß der italienischen UniCredit



baumax

über 1.000 Kündigungen



geschlossen



TELE
KOM
AUSTRIA



TELE
KOM
AUS

Ausverkauf an den mexikanischen Milliardär Carlos Slim

„Standortsicherung“, das wiederholen gebetsmühlenartig die Chefs von Wirtschaftskammer (WKÖ) und Industriellenvereinigung (IV), Christoph Leitl und Georg Kapsch.

Sinn dieses Mantras: Damit Firmen und Arbeitsplätze hier im Österreich bleiben, müssten Unternehmer und Industrie noch mehr Vorteile, Gesetzeserleichterungen und Subventionen vom Staat erhalten, ansonsten würden sie abwandern.

Eine blanke Erpressung.

Während die Firmen ständig Erleichterungen erhalten, für die Industrie das Steuerreformpaket aufgeschnürt und die „Lohnnebenkosten“ für sie um eine Milliarde Euro auf Kosten der arbeitenden Menschen gesenkt wird, werden täglich mehr und mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt – das ist Standortsicherung nach dem Geschmack der Unternehmer. Noch mehr Profit auf Kosten von Beschäftigten und Allgemeinheit.

Die Liste der Konkurse, Privatisierungen, Ausverkäufen und Verlagerung von Tausenden von Arbeitsplätzen ins Ausland erfolgte trotz aller Zugeständnisse, jedes macht diese Herren Stand(es)ortvertreter noch hungriger, noch gieriger.

Das ist das Ergebnis ihrer neoliberalen, kapitalistischen Profitpolitik, die von der SPÖVP-Regierung und von allen Oppositionsparteien mitgetragen wird. Die einen, wie IV und WKÖ, ÖVP und

FPÖ, Stronach und Neos, wollen es noch radikaler. ÖGB, AK und ganz kleine Teile der Grünen wollen nur lindern, auch nicht wirklich dagegen halten.

Das müssen die Belegschaften und ihre Betriebsräte bzw. Personalvertreter wohl selber tun. Damit sie erfolgreich sein können, müssen sie kämpfen und dabei ihre Vertreter, v.a. ÖGB, Einzelgewerkschaften, AK unter Druck setzen, dass sie den Beschäftigten beistehen.

Jeder Sozialplan hat ein Ablaufdatum – sofern die Unternehmer überhaupt einem solchen zustimmen – und dann droht am Ende trotzdem die Arbeitslosigkeit.



Bild: Aktive Arbeitslose

Wir hören jetzt gerade von den Wirtschaftsprognosen, dass die Wirtschaft 2016 wieder „anspringen“, aber gleichzeitig die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. SPÖ-Sozialminister Hundstorfer hat sich ist zum Verwalter der steigenden Arbeitslosigkeit und bestenfalls ansteigenden Teilzeitbeschäftigung – immer mehr arbeiten als Geringfügige – degradiert.

Im Kanzler- und Vizekanzleramt diktieren IV und WK. Nicht die „Sozialpartner“ sind die Nebenregierung, sondern Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer. IV und WK wollen noch mehr Liberalisierung, z.B. „Leistungslohn“ statt KV-Lohn oder Flexibilisierung statt Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. völlige Abhängigkeit der Beschäftigten von den Bocksprüngen der Profitwirtschaft und ihrer Nutznießer – den Bossen, Managern, Bonzen, Bankern,

Spekulanten, Börsianern usw. Sie allesamt wollen nur mehr Profit machen auf Teufel komm heraus und alles Risiko auf die kleinen Leute abwälzen. Das heißt dann: „Eigenverantwortung“. Das heißt, für ihre Spekulationen, für ihre Pleiten zahlen wir – gehen die aber alle frei – alles im Rahmen des Gesetzes. Was zeigt, für wen die Gesetze gemacht sind. Für die oberen Zehntausend.

Unsereins wird gedrückt und ausgequetscht – trotz „Steuerreform“ 2016, die nur einen Bruchteil dessen zurückgibt, was uns schon die Jahre zuvor geraubt wurde. Und wenn du zum Arbeits- und Sozialgericht gehst, weil man dich mir nix dir nix hinausschmeißt oder um deinen Gehalt oder Lohn gebracht hat, bekommst du meistens nicht Recht, sondern bestenfalls einen „Vergleich“, der dir noch die Hälfte oder mehr von dem wegnimmt, was dir zustehen würde.

Zielpunkt

Aktuellstes Beispiel: Zielpunkt! Einen Monat vor Weihnachten Insolvenz; kein Geld für die Angestellten. Alles Tricks der Reichen. Die Insolvenz, einen Tag später angemeldet, hätte dazu geführt, dass die Angestellten ihr Gehalt bekommen hätten. Wenigstens ermöglicht die Gewerkschaft den Zielpunkt-Angestellten eine Geldbehebung von ihrem Girokonto ohne Überzugszinsen. Die Banken mussten auf Druck der Belegschaft, der Gewerkschaft und der Öffentlichkeit diese Möglichkeit schaffen.

Private wirtschaften besser – in die eigene Tasche!

Herr Pfeiffer, der Zielpunkt in die Insolvenz schickt und die Angestellten vor Weihnachten auf die Straße schmeißt, behält die guten Stücke (Immobilien) und gibt die Bezahlung der Angestelltegehälter an den Insolvenzfonds bzw. an die öffentliche Hand weiter. Und kauft um 35 Millionen Euro die lukrativsten der bisherigen Standorte. Kein Geld da für die Zielpunkt-Angestellten? Steuern bezahlen diese Herrschaften fast überhaupt

keine mehr, weil sie immer etwas „abzuschreiben“ haben. Und der Herr Pfeiffer „bedauert“ nichts beitragen zu können, weil das „gegen das Gesetz“ sei. Wem schützt also „das Gesetz“?

Wer plündert den Sozialstaat?

Die Unternehmer schreien: Schluss mit dem überbordenden Sozialstaat – doch selbst bedienen sie sich beim Staat aus unseren Steuergeldern schamlos – in Milliardenhöhe – siehe die Pleiten von Hypo-Alpe-Adria, Volksbank oder Kommunalcredit, siehe Wirtschaftsförderung usw. usf. Das steckt auch hinter dem lauten Unternehmer-Schlachtruf nach der „Standortsicherung“.

Es gibt nichts mehr zu verteilen, sagen die Unternehmer. Doch, es gibt genug zu verteilen, die Wertschöpfung durch die Arbeiter und Angestellten ist gigantisch. Nur sollen die, die mit ihrer Leistung alles erwirtschaften vom Ertrag ihrer Leistungen fern gehalten werden.

Angeblich entfallen auf jeden Österreicher rund 65.000 Euro an Vermögen! 99% fragen sich zu recht, wo dieses Vermögen ist. Es ist von den Profiteuren einkassiert.

Die Unternehmer möchten, obwohl sie sowieso alles in der Hand haben, gänzlich uneingeschränkt handeln können und fordern daher die Abschaffung jeglichen Schutzes der Arbeiterschaft. Sozialpartnerschaft, Gewerkschaft, Arbeiterkammer sind ihnen im Wege und werden als veraltet bezeichnet, wenn sie nicht den Wünschen der Unternehmer entsprechend handeln, sondern die hart erkämpften Rechte der Arbeiterschaft schützen wollen.

„Der Kapitalismus ist nicht am grünen Tisch zu bändigen!“

So die Einsicht des altersweisen Bruno Kreisky. Das gilt heute mehr denn je: Der Kapitalismus muss in der Praxis bekämpft werden, in den Betrieben und Büros, in denen sich die Arbeitnehmer nicht mehr alles gefallen lassen!

Unfassbar

- + 1,5 % – bei real wesentlich höherer Inflation und bei den Gewinnen der Industrie – ein Hohn
- Lohn- und Gehaltsraub bei Überstunden
- Flexible Arbeitszeit für die Unternehmer statt Arbeitszeitverkürzung für die Menschen
- Einstieg in den 12-Stunden-Tag

„Unfassbar“, tönte es auf der von ProGE und GPA-djp einberufenen Betriebsrätekonferenz Ende September von den Gewerkschaftsspitzen. Sie gaben vor, gegen die Unternehmerangriffe aufzutreten, weil diese keine Gehaltserhöhung geben wollten. Trotz des ungeheuerlichen Ansinnens der Unternehmenseite, dass die Gewerkschaften bei der Bundesregierung für Unternehmerforderungen intervenieren sollten, setzten sich dann die Gewerkschaftsverhandler doch mit den Industrievertretern zusammen.

Unfassbar ist dann das Ergebnis, das herauskam: + 1,5 % obwohl die reale Inflation viel höher ist und die Industrie nicht am Hungertuch nagt. Obwohl die Herren Industriellen dauernd jammern, haben sie im Gegenteil im Jahr 2014 über 2 Mrd. Euro (= 75% der erwirtschafteten Profite) aus den Betrieben entnommen.

Unfassbar, wie die Gewerkschaftsverhandler der Industrieseite deren Wunsch nach „flexiblerer Arbeitszeiten“ nachgegeben haben, denn so schaut das neue „Arbeitszeitkonto“ aus: 167 Stunden bilden den jährlichen Rahmen, der Betriebsrat muss zustimmen. Bei Zustimmung gibt es für die ersten 60 Überstunden in Zukunft gar keine Zuschläge mehr, für weitere 40 Überstunden gibt es einen Zuschlag von 10%, für weitere 67 Stunden einen Zuschlag von 20%. Überstunden-Durchrechnung ist ein Jahr, Mitnahme von 40 Stunden ins neue Jahr ist möglich. Ergebnis: Lohn- und Gehaltsraub!

Der im Gegenzug ausverhandelte freie 31.12. oder die „Frei-

zeitoption“ statt 1,5% KV-Erhö-
hung, die rund 3,5 Urlaubstage pro
Jahr bedeuten, sind zwar schön,
finanziell aber ein schwacher Trost.
Warum? Weil die meisten Beschäftigten, die im niedrigen Lohn- und Gehaltsbereich arbeiten, schon bisher auf Überstundenzuschläge angewiesen waren, um ihr Gehalt aufzubessern und diese auch nicht auf die 1,5% KV-Erhö-
hung verzichten können. Das zeigt das Beispiel Elektro/nik/industrie, wo es das Modell seit 2013 gibt: von den 60.000 Beschäftigten haben nur 1.800 die „Freizeitoption“ angenommen.

Unfassbar – 45-Stunden-Woche ohne Zuschlag.

Die Unternehmer jubeln: „Das jetzige Modell bedeutet für uns ... eine deutliche Verbesserung ... Erstmals ist dadurch innerhalb eines gewissen Rahmens eine 45-Stunden-Woche ohne Zeitzuschlag möglich“, erläutert FMMI-Obmann Christian Knill das Ergebnis. Dies sei definitiv ein wichtiger Schritt, um den Betrieben wieder mehr Spielräume für das Abarbeiten von Auftragsspitzen zu geben. (PA der FMMI, 28.10.2015).

Das heißt: Arbeitszeitverlängerung statt Arbeitszeitverkürzung, arbeiten auf Abruf ohne Zuschlag – Freizeiteinteilung? Schmecks!

Unfassbar

Der Kollektivvertrag und Arbeitszeitregelungen wurden und werden noch weiter im Interesse der Industrie und zu Lasten der Beschäftigten durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Die Hülle heißt KV, der Inhalt ist kollektive Verschlechterung. Und: die Schutz-



Die Wahrheit? Nein, nur eine Teilwahrheit – und Schönfärberei!

funktion der Gewerkschaft für Belegschaften und Betriebsräte wird weiter ausgehöhlt, bzw. den Betriebsräten alleine aufgebürdet.

Dieses Ergebnis macht die Unternehmenseite noch stärker. Sie nutzt die „Sozialpartnerschaft“ bloß dazu, die Gewerkschaften noch mehr zu neutralisieren und führt in Wirklichkeit Klassenkampf von oben gegen die Arbeiter und Angestellten – mit dem Sanktus der ProGE/GPA-djp/ÖGB-Oberen.

Spiß umdrehen!

Daher müssen wir den Spiß umdrehen: wenn nicht nur die Industriellen gegen uns agieren, sondern uns auch die eigenen Gewerkschaftsspitzen im Regen stehen lassen, dann müssen wir uns selbständig und gemeinsam über die Betriebe und Branchen hinweg auf Ebene der Betriebsratskörperschaften zusammmentun und handeln. Dann gewinnen wir Kraft und Handlungsspielraum gegenüber der Industrie zurück. Nur so können wir auch die Gewerkschaftsführungen entweder dazu zwingen, im Interesse der Beschäftigten zu handeln oder ihre Machenschaften mit der Industrie – genannt „Sozialpartnerschaft“ – entlarven. So können wir Klarheit und Stärke gewinnen.

(Daten und Zitate: ProGE, GPA-djp, ÖGB, IV, WKÖ, ORF/Ö1+TV), Wiener Zeitung, Kurier, Die Presse, FMMI)

UNTERSCHRIFTENLISTE auf
Seite 4 dieser Ausgabe: **NEIN** zu 12
Stunden Arbeit am Tag.
Bitte kopieren, weiterreichen,
sammeln und einschicken.

8 – 8 – 8 - das haben wir vollbracht!

NEIN zu 12 Stunden Arbeit am Tag – egal in welcher Form!

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Freizeit – ist ein lang und blutig erkämpfter Fortschritt der Arbeiterinnen und Arbeiter. Das ist gut für Gesellschaft, Gesundheit und Familie! Darum sind wir Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegen eine Ausweitung der Arbeitszeit auf 12 Stunden am Tag in jeder Form – auch nicht auf Abtausch (z.B. gegen eine 6. Urlaubswoche)

Die Unternehmensebene will eine Arbeitszeitflexibilisierung auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Neos-Wirtschaftssprecher Schellhorn sieht im jetzt im Metall-KV vereinbarten Flexibilisierungsmodell einen guten Einstieg und will eine völlige Liberalisierung. Das heißt Arbeiten auf Abruf ohne Überstundenabgeltung usw. Wir sind empört! Wir können, wollen und werden nicht weiter zusehen, wie mit fadenscheinigen und teilweise bewusst falschen Aussagen in das Leben und die Rechte der ArbeitnehmerInnen eingegriffen werden soll.

UNTERSCHRIFTENLISTE – NEIN zu 12 Stunden am Tag – egal in welcher Form!

Nachname	Vorname	Adresse	E-Mail	Unterschrift

Bitte kopieren und weitergeben.

Rücksendung der Listen bitte an: Initiative „8 – 8 – 8 – Mein zu 12 Stunden am Tag – egal in welcher Form“
p. A. ÖSK (Österr. Solidaritätskomitee), 1070 Wien, Stiflgasse 8. Oder unterschriebene Listen einscannen und schicken an: besolkom@gmx.at

Gipfel der Frechheit

Zuerst haben uns SPÖVP-Regierung und Industrie das „Arbeitsmarktpaket“ Ende Oktober groß als Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verkauft. Dann, einen Monat später, sagt der Nationalbankchef, dass ab 2016 zwar die Wirtschaft etwas wachsen, die Arbeitslosigkeit aber weiter steigen, bzw. hoch bleiben werde. Das Wirtschaftsforschungsinstitut spricht sogar von einem Anstieg auf knapp 10% im Jahr 2018.

Unternehmergeschenke

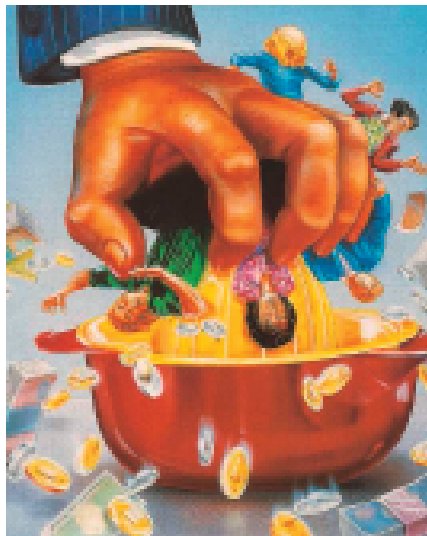
Das „Arbeitsmarktpaket“ sieht für die Unternehmer eine Lohnnebenkostensenkung aus Steuergeldern bis 2018 um bis zu 1 Milliarde Euro vor, usw. wie folgt:

Ab 2016 wird der Beitrag für den Insolvenzentgeltfonds von 0,1% gesenkt – bringt 91 Millionen Euro für die Unternehmer. Ab 2017 wird der Dienstgeberbeitrag zum FLAF (Familienlasten - Ausgleichsfonds) um 0,4 Prozentpunkte, ab 2018 um weitere 0,2 Prozentpunkte reduziert, bringt insgesamt rund 900 Millionen Euro für die Unternehmer.

Dazu muss man auch anmerken, dass ja die sog. „Lohnnebenkosten“ in Wirklichkeit nicht die Unternehmer tragen, sondern die Arbeiter erwirtschaften, aber von den Unternehmern als „zusätzliche Kosten“ hingestellt werden neben den Lohnkosten. Tatsächlich sind ja für die Unternehmer Arbeiter nur ein „Kostenfaktor“, obwohl die Arbeiter den Profit schaffen. Für viele Unternehmer ist ja – siehe Hartz IV in Deutschland – schon alles was über 1-Euro-Jobs hinausgeht, „Lohnnebenkosten“, also beliebig definierbar.

Zudem: Ab 2018 Senkung des FLAF-Beitrages der Unternehmer um weitere 0,1 Prozentpunkte im Bonus-Malus-Modell als Bonus für Betriebe mit mehr als 25 Mitarbeitern, wenn sie mehr über 50-jährige beschäftigten als der Branchenschnitt. Alle Betriebe, die weniger als der Branchenschnitt be-

schäftigten, müssen bei Kündigungen die doppelte „Auflösungsabgabe“ bezahlen. Diese beträgt dzt. 118 Euro und fällt pro Jahr ca. 400.000-mal an, also schon jetzt nicht wirklich ein Hindernisgrund für Kündigungen. Damit ist auch bei diesem „Bonus-Malus“-System kaum eine höhere Beschäftigung zu erwarten.



Arbeitslosenverarschung

Das heißt: Ob und wie viele neue Arbeitsplätze eine Senkung dieser „Lohnnebenkosten“, also eine direkte staatliche Subventionierung der Unternehmer, bringt, steht in den Sternen. Es ist zu befürchten, dass nur Jüngere gegen Ältere ausgetauscht, bzw. dafür weniger Jüngere eingestellt werden – und die Unternehmer dafür einen Bonus kassieren. Und ein Vorteil für das AMS: Jüngere haben oft entweder keinen oder weniger Arbeitslosenanspruch. Damit können dann vom AMS mit den aufgestockten Mitteln (300 bzw. 350 Millionen Euro ab 2016 bzw. 2017) aus dem „Arbeitsmarkt Gipfel“ mehr Arbeitslose „betreut“ werden.

Länger arbeiten – weniger Ruhezeit, weniger Lohn

Aber nicht genug damit, wurde den Unternehmern noch eine wesentliche Erleichterung gewährt: Die **Ausdehnung der täglichen Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden**

bei aktiver Reisezeit sowie auf 10 Stunden für über 16-jährige Lehrlinge.

Und als Draufgabe hat das Parlament den Unternehmern noch ein Zuckerl gewährt, das zuvor die Gewerkschaft vida mit dem Chefs des Hotel- und Gastgewerbes ausgehandelt hat: dass die tägliche Ruhezeit (Nachtruhe) während der Saison auf mindestens 8 Stunden reduziert werden darf, ohne dass das Zeitkonto innerhalb von 10 Tagen ausgeglichen werden muss. (siehe: www.vida.at – Presseaussendung 10.12.2015)

Die wahren Sozialschmarotzer

Noch vor einigen Monaten hat der frühere vida-Vorsitzende und jetzige AK-Chef Kaske der Hotel- und Gastgewerbebranche vorgeworfen, dass sie „Mitarbeiter beim AMS parke“ und dass dies „in Richtung Sozialschmarotzer“ gehe (Kurier, 27.5.2015), diese also Mitarbeiter ganz gezielt in die Arbeitslosigkeit schicke und sich dadurch viel Geld erspare. Und die vida-Gewerkschaft macht mit diesen Gesellen eine weitere Verschlechterung auf Kosten der Gesundheit der Mitarbeiter.

Übrigens fallen rund 80% der 270.000 Tourismusbeschäftigten und viele der fast 200.000 im Transportgewerbe beschäftigten – in Summe rund 250.000 Arbeitende – um den Gewinn aus der Steuerreform um, weil in der Regel Nettostatt Bruttolöhne vereinbart werden. Kommentar der vida-Gewerkschaft: „Da kann man nichts tun“ (Österreich, 11.12.2015). Wirklich? Wie wär's mit aufklären, kämpfen!

UNTERSCHRIFTENLISTE

siehe nebenstehend:

**NEIN zu 12 Stunden
Arbeit am Tag.**

Bitte kopieren, weiterreichen,
sammeln und einschieken.

Terror und Krieg

Vorausgeschickt sei, dass wir mit größter Entschiedenheit den Terroranschlag von Paris, die Ermordung von 130 Menschen verurteilen. Wir verurteilen ebenso entschieden die Terroranschläge von Bagdad, Beirut, Damaskus, Madrid, Sinai, Tripolis usw. mit 100ten Toten wie den Tod von ca. 100.000 Muslimen im Nahen Osten, die bisher Opfer des IS geworden sind (Kurier 22.11.15).

Nach dem Terroranschlag von Paris sagte Präsident Holland, der IS habe Frankreich den Krieg erklärt, und in Deutschland hieß es, ja das sei „eine Kriegserklärung gegen die liberalen Demokratien und ihre offenen Gesellschaften“ (B. Kohler, FAZ).

Ja, es geht um Krieg! Aber es geht hier **nicht um d e n „Krieg“ des IS**, einer Truppe

von ca. 20.000 bis 30.000 Mann, die angeblich sogar die USA, die stärkste Militärmacht der Welt, in Atmen hält und den Weltfrieden bedrohe. Der IS tauchte erstmals im Juni 2014 auf, man wisse nicht woher und er sei seit damals die stärkste Macht in der Region, so dass es laut US-Militärs 30 Jahre brauchen werde, ihn zu besiegen. Was für eine Show! Es heißt, der IS führt gegen uns Krieg, deswegen müssen wir, der Westen, für den Weltfrieden in den Krieg ziehen. Das ist eine Lüge! Es geht in Wirklichkeit nicht um die Bekämpfung und Zerstörung des IS, sondern **um d e n K r i e g der USA und ihrer stärksten westlichen Konkurrenten** um noch mehr Einflussphären, geopolitische Macht, Rohstoffquellen. Die europäischen Mächte kooperieren einerseits mit den USA und stehen mit ihnen andererseits in beinhardter Konkurrenz.

Frankreich führt seit September 2014 Luftschläge im Irak und seit September 2015 auch in Syrien durch – gegen das Assad-Regime

und gegen den IS, wie es heißt. Doch Frankreich führt vor allem in Afrika schon seit 2013 Kriege gegen die „Islamisten“. Frankreich hat gegen die „Islamisten“ in Mali interveniert und führt seit damals „Krieg gegen den Terror“ in Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und dem Tschad. Frankreich geht es in dieser Region seit Jahren um mehr geopolitischen Einfluss, denn dort gibt es jede Menge Bodenschätze, z.B. Uran, Gold und auch Erdöl und Erdgas.

Die Terroranschläge in Paris lösten in Europa unter anderem Unsicherheit und Angst aber auch Empörung aus. Nun sollen wir mit der vehementen Kriegsrhetorik auf noch mehr Aufrüstung bei Polizei und Militär, auf noch mehr Überwachung, auf Abbau demokratischer Rechte, eingestimmt werden, all das diene, so heißt es, nur zu unserer Sicherheit. Frankreich hat im übrigen die schärfste Gesetzgebung zur Terror-Bekämpfung in ganz Europa und all diese Gesetze haben nichts geholfen.

Wir sollen, durch all diese Kriegspropaganda, zur „Einsicht kommen“, „verstehen“, dass „Wir“, der Westen, Frankreich, die USA, die NATO, die EU, in den Krieg ziehen müssen!

Wer führt Krieg auf der ganzen Welt?

Allen voran führten und führen die USA schon in Afghanistan und Irak seit vielen Jahren Krieg, sie führen gemeinsam mit der EU, mit den Westmächten Frankreich, Großbritannien und auch Deutschland in Libyen und Syrien Krieg und finanzieren diese Kriege (siehe unsere Broschüre: „Kriegstreiber am Werk“, S 18).

Diese Kriege um Einflussphären, Rohstoffquellen zerstören ganze Regionen, ja ganze Staaten und hinterlassen hunderttausende Tote und Verletzte und Millionen von Flüchtlingen, die v.a. innerhalb der

Staaten und in die angrenzenden Regionen bzw. Staaten fliehen. Die Vertreibung von ganzen Völkern verursacht unsägliches Leid und Elend. Diese Kriege werden unter den Vorwand für „Demokratie“, „Menschenrechte“, die „westliche Wertegemeinschaft“, „Freiheit“ einzutreten, geführt. Als Folge gibt es ca. 40 Millionen Binnenflüchtlinge, weitere 18 Millionen Menschen flüchten in die Anrainerstaaten.

Der Islamische Staat operiert vom Irak und Syrien aus. Werfen wir einen kurzen Blick auf diese zwei Staaten bzw. auf die Kriege der USA in diesen Staaten:

2003 – Irak-Krieg

Die zwei Kriege der USA im Irak und ihre zwölf Jahre lange Embargopolitik, haben seit 2003 ca. 2 Millionen Irakern das Leben gekostet! Unter dem Vorwand gegen den Terrorismus von Sadam Hussein vorzugehen, der angeblich Massenvernichtungswaffen gegen „uns“ einsetzen wollte, haben die USA 2003 Sadam Hussein gestürzt und getötet. Die US-Politik im Irak bedeutete jedoch: Keine Befreiung, sondern die Zerbombung und Zerstörung der Städte und des Landes, zum Teil auf lange Zeit unbewohnbar, zum Teil auch radioaktiv verseucht, weiters 2 Millionen Flüchtlinge im Land und 2 Millionen Flüchtlinge ins Ausland! Die Mehrheit der Bevölkerung hat weder elektrischen Strom noch Trinkwasser. Die medizinische Versorgung, früher die beste im Nahen Osten, funktioniert nicht mehr. Die Lage im Land wird stetig schlechter, immer instabiler.

Die USA, die schon vor dem Irak-Krieg von einer Dreiteilung des Iraks (Schiiten, Sunniten, Kurden) gesprochen haben, haben danach die Schiiten dauerhaft unterstützt. Die von den USA gezielt geplante Auflösung der irakischen Armee und die Zerstörung der Baath-Partei

(Sunniten) sowie die Unterstützung des Schiiten al-Maliki (2006-2014) als Ministerpräsident, der die Desintegration der Sunniten in den politischen Prozess des Irak fortsetzte, legten den Keim für den derzeitigen Aufstand der Sunniten im Irak. Der Vormarsch der islamistischen Guerilla „Islamischer Staat“ (IS) wäre ohne die Unterstützung der im Untergrund agierenden ehemaligen Offiziere und Mannschaften der irakischen Armee Saddam Husseins nicht möglich gewesen. Zumindest seit 2007 finanzierten und bewaffneten die USA auch direkt sunnitische Gruppen, insbesondere die Al Kaida und den IS.



So wurde der Irak durch den US-Krieg nicht zuletzt auch zur Brutstätte von sog. Gotteskrieger gemacht. Auch das war und ist Strategie. Wichtig war und ist den USA in ihrer Politik im Irak, jegliche Wiederbelebung eines souveränen, arabisch-nationalistisch orientierten irakischen Staates zu verhindern. Sie fördern die religiösen Gegensätze und finanzieren diese Parteien. Gibt es keinen einheitlichen irakischen Staat mehr, bleibt jede Opposition gegen die US-Herrschaft im Irak schwach!

2007 – Umsturzpläne für Syrien und Iran lange geplant

Seymour Hersh, seit Jahrzehnten einer der bekanntesten US-Aufdeckungsjournalisten, schrieb schon 2007, dass die USA, Saudi Arabien und Israel eine regionale Armee von sunnitischen Terroristen gegründet und unterstützt haben, um speziell die Regierungen des Irans und Syriens zu stürzen. Die USA und Israel unterstützten die

Pläne geheim, Saudi-Arabien stand offiziell hinter den Plänen. Saudi-Arabien gab zu, dass diese Terror-Armee eine Gefahr bedeutete: Prinz Bandar, der Sicherheitsberater der saudiarabischen Herrscher und mit der Bush-Regierung aufs engste verbunden, sagte damals jedoch: „Wir haben diese Bewegung geschaffen und „wir können sie kontrollieren“. („The Redirection: Is the Administration’s new policy benefiting our enemies in the war on terrorism?“ Seymour Hersh in: The New Yorker, March 5, 2007)

Der Plan beinhaltete befreite Gebiete für sunnitischen Terroristen in den Anrainerstaaten Syriens, und zwar im Libanon, in Jordanien und im Irak. Vom Westen werden ja heute die sunnitischen Terrorakte (IS, Al Nusra) u.a. als Folge eines innersyrischen Konflikts dargestellt, laut Hersh sind sie aber das Resultat einer lange geplanten ausländischen Aggression gegen Syrien, verübt von den USA, Israel, Saudi-Arabien und ihren sunnitischen Stellvertretern.



Vor kurzem sagte der Journalist Kamel Doud in der „New York Times“: „Der IS hat eine Mutter: die Invasion des Irak“, d.h. die US-Invasion des Iraks. „Aber er hat auch einen Vater: Saudi-Arabien samt seines religiös-industriellen Komplexes“. (zitiert nach Spiegelonline, 24.11.2015). Der Journalist bringt das ganz gut auf den Punkt, wobei man sagen muss, dass Saudi-Arabien der größte Verbündete der USA in der Region und der weitaus größte Waffenkäufer bei den USA, Frankreich und Deutschland ist. So haben sich etwa allein Frankreichs Rüstungsexporte, vor allem in die Golfstaaten, seit 2013 verdoppelt.

2012 – USA-Militärgeheimdienst bestätigt die US-Umsturzpläne

Die konservative US-Bürgerrechtsorganisation „Judicial Watch“ hat ein US-Gericht auf die Veröffentlichung eines Berichts über den IS vom US-Militärgeheimdienst Defense Intelligence Agency (DIA) geklagt. Dieser Bericht wurde am 18.5.2015 veröffentlicht, wobei viele Passagen der Zensur zum Opfer fielen. Der Bericht des DIA ist dennoch aufschlussreich.

Bereits 2012 hieß es dort, dass das Pentagon den „Aufstieg des Islamischen Staats als strategische Chance sah, um das syrische Regime zu destabilisieren“ und dass die USA die sunnitischen Oppositionsgruppen als wirksamste Waffen zum Sturz des Assad-Regimes und um den Iran zu schwächen, aufgebaut haben. In dem Bericht heißt es: „Salafisten (ISIS), die Muslimbruderschaft und AQI (Al-Qaida im Irak) sind die wichtigsten Kräfte, die den Aufstand in Syrien vorantreiben.“ Die Erfolge der sunnitischen Gruppen von Al Nusra (Teil von Al Kaida) und ISI (nennt sich heute IS) in Syrien haben Auswirkungen auf den Irak! Der Kampf der Sunniten im Irak gegen die schiitische Regierungsarmee des (damals) herrschenden Ministerpräsidenten Maliki bekommt Aufwind. „... Es wird neuen Schwung geben – in der Annahme, dass der Dschihad der Sunniten im Irak und in Syrien und aller Sunniten in der arabischen Welt vereint wird, gegen die Abtrünnigen, die als Feind angesehen werden. ISI könnte auch einen Islamischen Staat ausrufen, wenn es sich mit anderen terroristischen Organisationen im Irak und in Syrien zusammenschließt. (Hervorhebung durch Red.)

Schon 2007 haben die USA, wie erwähnt, eine sunnitische regionale Armee mit Al Nusra und IS gegründet, um die Regierungen in Syrien und Iran zu stürzen. 2012 haben sie laut DIA-Bericht die Gründung eines Islamischen Staates in Syrien und im Irak „vorausgesehen“. Die USA finanzieren und bewaffnen alle

drei im Irak kämpfenden Volksgruppen, die Schiiten, die Sunnitische Opposition samt ISIS und die Kurden und hetzen die Völker gegeneinander auf, verdienen an allen und sichern sich so ihre Vorherrschaft in dieser Region!

Es ist kaum zu glauben, weil es so ungeheuerlich ist: die USA wollen diesen Konflikt nicht lösen, diesen Krieg nicht beenden, sie wollen einen Krieg auf Dauer.

(Der DIA-Bericht ist sowohl auf der Website des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer als auch der Deutschen Wirtschaftsnachrichten am 25.5.2015 nachzulesen)

2013 – Geld, Waffen und Training von den USA für den IS

John S. McCain III, seit 1987 US-Senator für den Bundesstaat Arizona und republikanischer Gegenkandidat Obamas bei der Präsidentschaftswahl 2008, traf am 27.5.2013 in Idlib/Syrien den Führer von ISIS Abu Bakr Al Baghdadi! Dieser erhielt daraufhin weitere modernste Waffen, Geld und ein Training vom CIA in Jordanien.

Syrien

Wie beschrieben, planten die USA laut Seymour Hersh seit 2007 die Regierungen des Irans und Syriens mit Hilfe sunnitischer Terroristen zu stürzen! Laut US-General Wesley Clark hat die USA den Sturz Assads ebenso wie den der iranischen Machthaber sogar schon seit 1993 geplant! (siehe unsere Broschüre „Kriegstreiber am Werk“, S 18). Es gibt keinen Grund, den gewählten syrischen Präsidenten Assad zu stürzen, außer dass er den Machtinteressen der USA im Weg ist. Als Bedrohungsszenario für den Krieg gegen Assad diente dem Westen die Behauptung, Assads Armee hätte Chemiewaffen gegen die Opposition eingesetzt. Es wurde jedoch längst nachgewiesen, dass die Chemiewaffen (Sarin) in Syrien nicht aus syrischen Armeebeständen stammten, wie bei uns bis heute behauptet wird, sondern sie sind von den Westmächten bzw. deren Verbündeten Saudi-Arabien und der

Türkei der syrischen Opposition zur Verfügung gestellt worden. (Jonathan Cook, Medienmanipulation: Seymour Hersh deckt weitere Syrien-Lügen auf, Kopp online 8.04.2014).

Ab 2014 führte der Westen unter Führung der USA direkt Krieg gegen Syrien. Fazit bis jetzt ca. 250.000 Tote, 800.000 Verwundete, ca. 11 Millionen Syrer sind auf der Flucht (ca. 50% der Bevölkerung). Al Kaida und IS wurden und werden vom Westen aufgerüstet, um Syriens Präsident zu stürzen. Die seit 2007 von den USA, Saudi Arabien und Israel betriebenen Umsturzpläne werden mindestens seit fünf Jahren auch aktiv von der Türkei unterstützt!



IS-Nachschub vom NATO-Staat Türkei

Wenn westliche Medien uns seit längerem weismachen wollen, dass der IS sich all seine Feldzüge hauptsächlich über Schwarzmarktverkäufe von Öl oder Lösegeld für Geiselnahmen finanziert, dann sollen wir wieder einmal für dumm verkauft werden. Jedoch behaupten manche Journalisten seit Jahren dass der IS über den NATO-Staat Türkei vom Westen mit Nachschub, mit allem was er für seine Feldzüge braucht, versorgt wird. 2014 hat sich das bestätigt. Am 26.11.2014 veröffentlichte die internationale Nachrichtenagentur „Deutsche Welle“ ein Video unter dem Titel: „IS supply channels through Turkey“ (Nachschublinien des IS durch die Türkei). Danach erhält der IS schon mindestens seit 2011 Waffen, Vorräte und sonstigen Nachschub im Werte von 100ten Millionen Dollar über 100te Lastwagen, die täglich die türkische Grenze nach Syrien passieren. Vom NATO-Land Türkei

kommt auch Nachschub für die IS-Kämpfer: „Die Versorgung durch die Lastwagen komme aus der Tiefe, der Mitte des türkischen Territorium, höchstwahrscheinlich von NATO Luftwaffenstützpunkten und Häfen“!

Und Tony Cartalucci, Aufdeckungsjournalist für britische und US-Zeitschriften, schrieb in Bezug auf den IS: „Eine Truppe, die in Irak und Syrien gleichzeitig operiert, bewaffnete Einheiten von Syrien, Libanon, Irak und Iran besiegt und größere Territorien in Syrien und Irak militärisch verteidigen kann, die Ressourcen besitzt, diese Territorien zu besetzen und sich die Bevölkerung dort zu unterwerfen, braucht Nachschub!“... „Die Nachschublinien von ISIS verlaufen genau dort, wo die syrische und irakische Luftwaffe nicht hin kann, sie gehen über das NATO-Mitglied Türkei im Norden und im Süd-Westen über die US-Verbündeten Jordanien und Saudi Arabien.

(Tony Cartalucci, New Eastern Outlook / NEO, TIME Admits ISIS Bringing Arms, Fighters in From NATO Territory <http://journal-neo.org/2015/07/12/time-admits-isis-bringing-arms-fighters-in-from-nato-territory/>)

Während der längste Teil der syrischen Nordgrenze mit der Türkei durch die syrischen Kurden und die syrische Regierung abgeriegelt ist, sind die letzten 98 km der türkisch-syrischen Grenze auf syrischer Seite, das Gebiet vom Eufrat, Jarabulus, Afrin, unter Kontrolle des IS.

Die russischen Luftangriffe bzw. die Luftunterstützung der syrischen Armee und deren Einsatz haben zuletzt schon einen Teil dieses Korridors geschlossen. Damit ist Russland den USA, den Westmächten bzw. auch der Türkei im Syrien-Krieg in die Quere gekommen. Die Annahme liegt nahe, dass der Abschuss des russischen Jets durch die türkische Luftwaffe gerade in diesem Gebiet deswegen erfolgte, weil Russland den Nachschub des IS bombardierte.

Unter dem Vorwand, dort den Öl- und Waffenschmuggel von kriminellen Banden zu unterbinden, haben die USA und die Türkei nun

angekündigt, wieder mehr Anstrengungen zu unternehmen, in diesem Bereich die türkisch-syrische Grenze zu sichern, aber nicht von der Seite des NATO-Partners Türkei, sondern von der syrischen Seite her! Das verrät die Absicht! Denn das ist der Korridor, wo für die Al Nusra-Front und für den IS Waffen, Vorräte um 100te Million Dollar tagtäglich durchgeschleust werden und die Terrortruppe neue Kämpfer „erhält“. „Ihr scheinbar unerschöpflicher Vorrat an Waffen, Geld und Kämpfern kann nur durch ein multinationales Sponsoring und sichere von der NATO gestellte Rückzugsgebiete, ...erklärt werden“.

(Nachschublinien der ISIS laufen durch NATO-Land Türkei in: <http://politik-im-spiegel.de/tag/tony-cartalucci/5.12.2014>)



Mörderisches Doppelspiel

Das muss man sich vor Augen führen! Während die USA und an ihrer Seite die anderen Westmächte uns wegen des „weltumspannenden“ IS-Terrors – angeblich zu unserer Sicherheit, zu Freiheitseinschränkungen bis hin zum Kriegführen nötigen wollen, sind sie gleichzeitig die Drahtzieher hinter dem IS. Die USA und die anderen Westmächte spielen mit den Völkern, mit den Menschen, ein dreckiges, blutiges „Spiel“. All ihre Erklärungen, den IS zu bekämpfen, sind Heuchelei. Sie haben den IS gegründet, fördern und finanzieren ihn und sorgen für seinen Nachschub. Der IS ist ihr Instrument, ihre Herrschaftspolitik durchzusetzen, u.a. Syrien mit seiner Hilfe zu zerteilen und zu zerstören. Die USA, die NATO-Staaten bräuchten nur die Nachschubwege des IS zu zerstören und der Erfolg des IS wäre vorbei. Aber das ist gar nicht

geplant. Man will den IS gar nicht stoppen. Man hat noch viele Pläne mit ihm. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte vor kurzem:

„Das Ziel der Mission sei, den IS zu zerstören, aber das wird Zeit brauchen, viel Zeit ...“

„Es ist keineswegs ein Bürgerkrieg in Syrien, es ist eine Invasion von einem NATO Territorium aus.“ ... „Die ISIS stellt das Söldner-Expeditions-Corps der NATO dar, das ihre Feinde stellvertretend in Libyen in Nordafrika bis zum Libanon und Syrien, in der Levante bis nach Irak und sogar bis an die Grenzen des Iran bekämpft.“ ... „IS ist eine Stellvertreter-Armee, die nicht nur dazu bestimmt wurde, Syrien und den Irak zu zerstören. Wenn es nach den Plänen des Westens geht, soll die Terror-Organisation auch im Iran tätig werden, in der Kaukasus Region des südlichen Russlands und Zentralasiens“ (Why the West Won't Hit ISIS Where it Hurts, 24.11.2015, Tony Cartalucci – NEO / <http://journal-neo.org/author/tony-cartalucci>).

Als Obama 2013 sagte, der Krieg gegen den IS würde lange dauern, viele Jahre, haben sich manche gewundert, wieso er das wisse. Obama weiß es, weil die USA sich in dem IS eine Stellvertreter-Söldner-Armee geschaffen haben.

„Dieser Krieg wird noch länger dauern, bis die Menschen im Westen verstehen, dass ihre Regierungen keinen „Krieg gegen den Terror“ (den IS etc.) führen, sie führen einen Terrorkrieg“ (einen Krieg des Terrors gegen die Völker dieser Welt / Why the West Won't Hit ISIS Where it Hurts, 24.11.2015 / Tony Cartalucci - NEO).

Nicht nur die Machthaber von USA, Frankreich und Großbritannien, sondern nun auch in Deutschland, schicken ihre Soldaten für ihre Profitinteressen in Kriege. Deutschland entsendet 1.200 Soldaten, Tornado Flugzeuge, Tankflugzeuge und eine Fregatte in die Region. Laut André Wüstner, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, ist das nur der Anfang. Er sagte, dass „der nun eröffnete Krieg gegen den IS und vergleichbare

Gruppen mehr als zehn Jahre dauern würde und die Andeutung, dass er sich womöglich auch auf West- und Nordafrika ausdehnen müsse“ (Syrien: Weg in die Eskalation in: IMI Standpunkt 2015/043, C. Marischka / 1.12.2015).



Austausch:
Flüchtlingsstrom – Waffenstrom

Unter dem Slogan „Kampf gegen den Terrorismus“ zieht nun auch Deutschland in den Krieg, doch es geht um geopolitischen Einfluss z.B. in Afrika!

Hauptkriegsgrund: Reich gegen Arm

Die Herrschenden bei uns, in ganz Europa, wollen uns glauben machen, dass die islamischen Terroristen oder überhaupt der Islam, dass Russland und zunehmend China die Bedrohung für die „freie Welt“ seien. All das soll nur von einem ablenken: Von der sich immer weiter verschärfenden Ungleichheit zwischen der großen Mehrheit der Menschen, die immer weniger zum Leben hat und dem ungeheuren Reichtum der 1% Superreichen. Dieses 1 % besitzt Milliarden und führen uns in ihrem Konkurrenzkampf um noch mehr Profit zu Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit und Krieg. Wir sollen die Krisen- und Kriegskosten schlucken und mitmarschieren. 99% der Menschen wollen keinen Krieg. Doch die Herrschenden und ihre Handlanger wollen uns wieder in ihre Kriege hetzen. Ihre Herrschaft ist die Bedrohung für den Frieden. **Ja, es geht um Krieg. Das ist aber nicht unser Krieg, das ist der Krieg der Kapitalisten und ihrer Handlanger, das ist I H R Krieg um noch mehr Profite!**

Österreich

Die Kriegshetze nimmt auch in Österreich weiter zu.

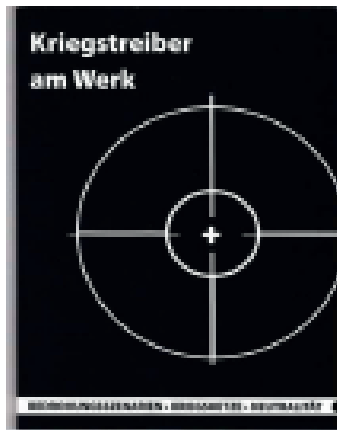
Gerade nach den Terroranschlägen in Paris gewinnt man den Eindruck, dass Politiker und Medien versuchen, auch in Österreich eine Vorkriegsstimmung zu befördern. Hugo Portisch, ehemaliger ORF-Chefkommentator, schreibt: „Wir müssen diesen Krieg gewinnen“!

Verteidigungsminister Klug hat schon im Herbst österreichische Soldaten für eine Militärmission in Mali gefordert. Dort hat Frankreich 2013 militärisch interveniert, die Region ist nicht sicherer geworden, im Gegenteil: da wird Krieg geführt! In Mali gibt es eine UN-Kriegs-Mission, Minusma, die bisher gefährlichste Militäraktion, zu der 9.000 Soldaten entsandt sind. 56 UN-Soldaten dabei bisher getötet.

Nach dem Terrorattentat von Bamako (Mali) bleibt Minister Klug dabei: dort sollen österreichische Soldaten hin. Doch österreichische Soldaten haben bei Kriegseinsätzen nichts verloren. Österreich als neutrales Land darf die Kriegshetze, die Teil der USA-EU-Kriegspolitik ist, nicht mitmachen, muss über die wahren Hintergründe und Ziele von Krisen und Kriegen aufklären, dies öffentlich verbreiten und verurteilen. Kriegspropaganda und Kriegsteilnahme ist ein klarer Verfassungsbruch, ist mit der Neutralität nicht vereinbar, die an die 90% der Österreicher gutheißen! Gerade in der heutigen Zeit, die mehr also noch vor 20, 30 Jahren von Krisen und Kriegen gekennzeichnet ist, ist Österreichs Neutralität und echte Neutralitätspolitik zur Erhaltung von Frieden und Wohlstand notwendiger denn je!

Nicht Kriegshetze und Kriegsteilnahme sondern Österreichs Neutralität fördert Frieden und Sicherheit bei uns.

(aus: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Nr 5/15. Ländergrafiken: www.facebook.com/juergentodenhoefer/posts/10153316452935838)



Die Broschüre „Kriegstreiber am Werk“ zeigt die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion. Die Broschüre ermutigt, zusammenzufinden und gemeinsam gegen die Kriegspolitik und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

Bestellung unter: oesolkom@gmx.at
Einzelpreis: 4,80 € exkl. Porto. Bitte am Zahlschein „Broschüre“ angeben. Ab Bestellung von 10 Stück: 3,- €/Stk. exkl. Porto.

Weihnachtsmärchen und Winterrealität

Das Märchen von der „Sozial“-partnerschaft

Immer wieder loben nach KV-Verhandlungen die „Sozial“partner sich gegenseitig. Und die Gewerkschaftsseite hofft, dass damit eine Absicherung – ja für wen eigentlich – einhergeht. Oft bedeuten die Abschlüsse objektiv eine Verschlechterung für die Beschäftigten ganzer Branchen – Erfolg ist es nur für die Gewerkschaftsoberen, die so glauben, von der Unternehmenseite endlich ernst genommen zu werden.

Wie das aussieht, sagt z.B. der NEO(S)liberale Wirtschaftssprecher und Hotelier, Sepp Schellhorn, wenn er das Metaller-Arbeitszeitmodell lobt:

„Der Durchrechnungszeitraum für Überstunden sollte ... ein Jahr betragen – wie im Metaller-KV...“
Deren Arbeitszeitmodell hält er für vorbildlich, dieser KV sollte in allen Branchen Anwendung finden, möglichst auf den jeweiligen

Betrieb und seine Bedürfnisse zugeschnitten. Mittelfristig schwebt Schellhorn überhaupt vor, dass Kollektivverträge nur Richtlinien-Charakter haben, möglichst große Flexibilität in den Betrieben umsetzen zu können“, zitiert der ihn „Kurier“ (9.11.2015).

Also von wegen „Partnerschaft“, das Gegenteil ist der Fall. „Lob“ gibt es bestenfalls, wenn die Gewerkschaft Verschlechterungen zulässt, oder für Verschlechterungen zu haben ist, sich im Gegenzug z.B. mit mehr Informations- oder Aufzeichnungspflichten der Unternehmer zufrieden gibt. Wobei sich die Unternehmer dann meist nicht daran halten und Gerichtsklagen lange dauern oder sinnlos, jedenfalls die Blöden sind. Die Unternehmer haben mehr Geld und Profit, die Beschäftigten oft bloß ein „papierenes Recht“.

Auch auf dem groß angelegten GPA-djp-Bundesforum im November, war das Hauptmotto: „Arbeitszeitverkürzung“. Tatsächlich aber – wenn man genau hinschaut – verbergen sich in den Beschlüssen zahlreiche weitere Zugeständnisse an die Unternehmenseite, die unter dem Titel „Arbeitszeitverkürzung“ in Wirklichkeit „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ im Sinne der Unternehmer bedeuten.

Dabei will sich die Gewerkschaftsführung das mit einer 6. Urlaubswoche für alle, aber erst nach 25 Jahren, abkaufen lassen – und ist böse, dass die Industrie nicht darauf einsteigt. Die Gewerkschaftsspitzen sind bereit, „für eine handvoll Dollar“ weitgehende gesetzliche Regelungen im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes preiszugeben.

*

UNTERSCHRIFTENLISTE
Gegen 12-Stunden Arbeit am Tag
in dieser Ausgabe Seite 4.

**Bitte kopieren, weiterreichen,
sammeln und einschicken.**

*

Wer ist Schuld an den Flüchtlingsströmen?

Dazu zwei Stellungnahmen von Rednern am Heldenplatz bei der großen Kundgebung und nach der Großdemonstration von insgesamt an die 150.000 Menschen in Wien gegen Krieg und Flüchtlingselend.

Konstantin Wecker:

„So viele Menschen, es ist so wunderbar. ...Wir alle wurden ja überrascht von dieser wundervollen Woge der Hilfsbereitschaft, die die beste Antwort ist auf brennende Flüchtlingsunterkünfte und unbelehrbare und unbarmherzige Rassisten. Diese Welle des tätigen Mitgeföhls hat eine Türe einen Spalt breit aufgemacht. Eine Türe ist geöffnet für eine Revolution zum längst fälligen Widerstand gegen eine wahnwitzige neoliberale Ideologie, die wie ein bössartiger Moloch im blinden Wachstumsfanatismus mit permanenten Kriegen gefüttert werden muss. ...

... Viele Menschen haben ja zurzeit Angst und es wird diese Angst von verantwortungslosen Politikern auch bewusst geschürt. Gerne mit Falschinformationen und reißerischen Parolen, aber was verschwiegen wird, dass es die ausbeuterische Welthandelspolitik der westlichen Staaten und ihrer multinationalen Konzerne war und ist, die den Menschen in den Ländern des Südens die Lebensgrundlage zerstört und sie dazu zwingt vor dem Elend und der Armut in ihren Heimatländern zu fliehen. Und dass sie mit Waffenexporten, an denen trefflich verdient wird immer wieder Öl in einen Brand gegossen wird; unter dem infamen Vorwand, damit das Feuer löschen zu wollen. Wer Waffen sät, erntet Flüchtlinge ...“

Harald Krassnitzer:

„ ... 2012 bekommen wir (EU) einen Friedensnobelpreis. Aber jetzt frage ich euch? Was ist dieses Friedensprojekt und dieser Friedensnobelpreis wert, wenn Europa zu den größten Waffenexporteuren der Welt zählt, ... wenn Europa seine Konflikte und Interessen in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien oder irgendwo in Afrika verteidigt und dabei in Kauf nimmt, dass die Lebensräume der dort lebenden Menschen zerstört werden. Was ist dieses Friedensprojekt noch wert, wenn Europa innerhalb von wenigen Tagen mit einer unglaublichen Leichtigkeit eine Billion Euro aufstellen kann, um faule Kredite, um marode Banken zu retten, aber in der Aufgabe ein paar tausenden Flüchtlingen ein menschenwürdiges Dasein und Schutz zu ermöglichen, ein nicht zu bewältigendes Problem sieht und diese Menschen dann lieber im Mittelmeer verrecken lässt. Wenn dieses europäische Friedensprojekt noch irgendeinen Wert haben sollte, ... dann müssen wir die Fluchtursachen endlich politisch und nicht militärisch bekämpfen ... Und jetzt an alle, die in der letzten Woche die Wahl verloren haben. Die Arbeitslosenzahlen, die Konjunktur-Daten und eure Umfragewerte waren schon vor der Flüchtlingswelle beschissen und ich habe das schon einmal hier auf diesem Platz gesagt. Sie haben die FPÖ nicht gewählt, weil sie die besseren sind, sondern weil ihr nicht mehr gut genug seid. Weil ihr euch wie der Kaiser in der „chinesischen Mauer“ von Max Frisch, eine Mauer um euch selbst gebaut habt, um euch vor der Zukunft zu schützen. ...

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

126/15

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen"
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Der Sprit ist billig! Hurra?

In den letzten Wochen ist der Ölpreis für alle sichtbar gefallen. Das tut er schon seit einem Jahr. Und trotzdem fällt der Literpreis an den Tankstellen erst jetzt unter 1 Euro. Jetzt sei der Ölpreis sogar so niedrig wie vor 10 Jahren. Da kostete Diesel z.B. um die 80 Cent – ist also an den Tankstellen noch immer zu teuer.

Tatsächlich haben die Ölkonzerne trotz Krise Milliardengewinne geschrieben – und niedrige Ölpreise nicht an die Konsumenten weitergegeben. Klar, Konzerne wollen Gewinne machen. Jetzt aber scheint die Welt verkehrt. Auf der letzten OPEC-Tagung hat Saudi-Arabien, der größte Öllieferant mit den größten Reserven, beschlossen, die

Produktion nicht zu drosseln, sondern weiter kräftig Öl zu fördern. Man verschleudert sozusagen das „schwarze Gold“.

Saudi-Arabien ist der wichtigste Verbündete der USA und neben den USA einer der Hauptfinanziers des IS (siehe an anderer Stelle). In den letzten Jahren wurde mit einem hohen Ölpreis (die Nachfrage sank ja wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise) die schwächelnden Wirtschaften v.a. europäischen Industriestaaten und Konkurrenten der USA getroffen (während die USA durch Krieg gegen die Ölländer Irak, Libyen, durch seinen Verbündeten Saudi-Arabien und durch Fracking davon weniger betroffen waren).

Jetzt wird ein niedriger Ölpreis (40 bis 45 Dollar pro Fass auf längere Zeit), vor allem ölproduzierende Länder mit weniger Reserven treffen, wie z.B. Venezuela. Dort gewann gerade die Konterrevolution die Wahlen nachdem jahrelang die Privatwirtschaft die von der Bevölkerung immer wieder gewählte linke Regierung durch Verweigerung der geordneten Versorgung der Bevölkerung boykottiert und bekämpft hat. „Verheerende Auswirkungen auf den Iran, den Irak und auf Russland“ erwartet der Ölexperte Samuel Schubert von der Webster Universität (ORF-ZIB-2 10.12.15). Das sind genau die Länder, die auf der US-„Abschlussliste“ stehen.



Österreicher mit Verantwortung – so der jahrelange Werbeslogan der OMV. Jetzt müsste es heißen „Ohne Verantwortung“. Was ist passiert.

Der frühere OMV-Boss Roiss musste angeblich gehen wegen seiner Kooperation mit Russland (Vetragsunterzeichnung 2014 mit Gazprom mitten in der Ukraine-Krise zur Southstream-Pipeline, die dann auf Druck der USA nicht zustande kam). Das Schlechteste wäre es nicht gewesen.

Jetzt darf der neue, deutsche OMV-Chef, Reiner Seele, aber genau das tun – eine direkte Kooperation (Tauschgeschäft, gegenseitige Beteiligung). Aber nicht, wie es für Österreich gut wäre, sondern so wie die OMV in die Energiestrategie Deutschlands passt. Die OMV, einer der wichtigsten und größten heimischen Konzerne steht unter deutschem Kommando. Österreich ist fest im Griff der deutschen Konzerne und die österreichische Politik

befördert das. Ohne Widerspruch der Opposition – eh klar bei der deutschnationalen FP. Gegen nicht-deutsche Ausländer hetzten, auf deutsches Kommando kuschen. Auch die NEOSliberalen haben natürlich nix dagegen und für die Grünen ist Öl ja sowieso pfui. Wo die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit im Interesse der Bevölkerung bleibt interessiert weder Bosse noch Bonzen!

Jetzt wird auch klar, warum österreichische Politiker so gerne in Deutschland gesehen sind, warum Faymann & Co. so oft bei „Mutti“ Angela Merkel aus- und eingehen. Österreich macht, was Deutschland will – das hat uns in der Geschichte schon einige Male nicht gut bekommen! Zuerst kommt der wirtschaftliche, dann der politische und militärische Anschluss – Deckmantel und Vehicel dafür ist die EU.

Was da abgeht, ist selbst der zur Hälfte in deutschem Eigentum (WAZ-Konzern) stehenden „Kronen Zeitung“ zu anbiedernd und so schreibt Claus Pandi:

„Dabei wird man den Eindruck nicht los, die deutsche Politelite freut sich vor allem über die österreichische Bereitschaft, stets der Berliner Linie zu folgen. Wiens

Spitze wirkt jedenfalls, als mache sie kaum etwas so glücklich wie die ‚hervorragenden Beziehungen‘ zu Angela Merkel.“ (14.12.15)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen. Bestellungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

Wir wünschen schöne Feiertage und alles Gute für 2016

Mit kollegialen Grüßen
Das ÖSK-Team

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Spende

BIC: OPSKATWW,
IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Österreichisches Solidaritätskomitee, Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen, Stiftgasse 8, 1070 Wien.
ZVR 188951949